

Berlin, 23. Oktober 2026
jt/ar

Gute Gewinne, aber immer noch kein Angebot für die Beschäftigten: ver.di ruft bundesweit zu Warnstreiks bei privaten Banken auf

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ruft die Beschäftigten der privaten Banken in der kommenden Woche zu ersten bundesweiten Warnstreiks auf. Die Arbeitsniederlegungen werden sich über das gesamte Bundesgebiet erstrecken. Damit erhöht die Gewerkschaft den Druck auf die Arbeitgeber vor der zweiten Verhandlungsrunde am 2. November 2026 in Frankfurt am Main. Zum Verhandlungsauftritt am 8. Oktober hatte der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes (AGV Banken) kein Angebot vorgelegt und zentrale Anliegen der Beschäftigten zurückgewiesen.

„Bei den Gewinnen wird geliefert, beim Gehalt bleiben die Banken ihren Beschäftigten ein Angebot schuldig“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Jan Duscheck am Freitag. „Wer aber täglich zum Erfolg der Branche beiträgt, erwartet zu Recht eine faire Beteiligung. Mit den bundesweiten Warnstreiks machen wir deutlich: Die Arbeitgeber müssen sich bewegen. Am 2. November brauchen wir ein verhandlungsfähiges Angebot.“

ver.di fordert für die rund 150.000 Beschäftigten der privaten Banken sechs Prozent mehr Gehalt sowie monatlich 300 Euro mehr für Nachwuchskräfte, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Gehaltssteigerungen sollen auch auf übertariflich und außertariflich bezahlte Beschäftigte übertragen werden. Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage der Branche und der Belastung durch gestiegene Lebenshaltungskosten erwartet die Gewerkschaft nun konstruktive Verhandlungen: „Unser Ziel ist ein guter Tarifabschluss. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, mit einem ernsthaften Angebot den Weg dafür freizumachen“, erklärte Duscheck.

Neben den Entgeltforderungen stehen sichere Perspektiven im technologischen Wandel im Mittelpunkt. ver.di verlangt verbindliche Regelungen zu Beschäftigungsschutz, Personalplanung und Qualifizierung beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und bei betrieblichen Transformationsprozessen. Die Arbeitgeber hatten es in der ersten Runde abgelehnt, diese Fragen tariflich zu regeln. „Wer in neue Technik investiert, muss auch in die Menschen investieren, die damit arbeiten. Die Beschäftigten brauchen Sicherheit, Qualifizierung und eine Perspektive für ihre berufliche Zukunft. Dafür müssen die Banken Verantwortung übernehmen – auch am Tariftisch“, sagte Duscheck.

Weitere Anliegen sind die unbefristete Übernahme von Nachwuchskräften in Vollzeit sowie mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeit durch die freiwillige Umwandlung von Gehaltsbestandteilen in bis zu 20 zusätzliche freie Tage pro Jahr.

Hinweis für die Redaktionen:

Informationen zu regionalen Warnstreikterminen und Kundgebungen werden gesondert über die ver.di-Pressstellen der Landesbezirke bekannt gegeben.

MEDIENINFORMATION